

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Nationalrat – Conseil national

1999

Sommersession – 19. Tagung der 45. Amtsdauer
Session d'été – 19^e session de la 45^e législature

Erste Sitzung – Première séance

Montag, 31. Mai 1999

Lundi 31 mai 1999

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Heberlein Trix (R, ZH)

Präsidentin: Ich begrüße Sie ganz herzlich zum ersten Tag der Sommersession. Obwohl die Behandlung des Geschäftes über die bilateralen Verträge verschoben wurde, liegt ein reich befrachtetes Sessionsprogramm vor.

Ordnungsantrag Motion d'ordre

Ordnungsantrag der grünen Fraktion

Geschäft 99.028, Bilaterale Verträge Schweiz/EU:

Die grüne Fraktion verlangt, dass die von den zuständigen Kommissionen bereits zu Ende beratenen Vorlagen im Bereich der flankierenden Massnahmen in der Sommersession behandelt werden.

Motion d'ordre du groupe écologiste

Objet 99.028, Accords bilatéraux Suisse/UE:

Le groupe écologiste propose que les textes relatifs aux mesures d'accompagnement dont les commissions compétentes ont déjà achevé l'examen soient traités par les Chambres dès la session d'été.

Bühlmann Cécile (G, LU): Die grüne Fraktion unterbreitet Ihnen einen Ordnungsantrag mit dem Vorschlag, bereits in dieser Session mit der Behandlung der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen zu beginnen. Ursprünglich war nämlich vorgesehen, in dieser Session mit dem Behandeln der bilateralen Verträge und der flankierenden Massnahmen zu beginnen. Dabei sollten wir als Erstrat die flankierenden Massnahmen zum Verkehrsabkommen und der Ständerat die flankierenden Massnahmen zum Personendossier beraten. Da die Unterschriften der EU-Staaten noch ausstehen und aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht wäh-

rend der Sommersession erfolgen, haben die beiden Ratsbüros beschlossen, die Behandlung der bilateralen Verträge auszusetzen und zuzuwarten. Dafür gibt es politisch akzeptable Argumente. Nun haben aber alle hier im Saal – davon gehe ich nun einmal aus – ein Interesse daran, dass die Vorlage vom Parlament noch in der «alten» Zusammensetzung beraten wird. Auch dafür gibt es gute Argumente.

Die grüne Fraktion schlägt deshalb mit einem Ordnungsantrag vor, den rein innenpolitischen Teil – die flankierenden Massnahmen zum Verkehrsabkommen, die vom Büro ohnehin unserem Rat zugewiesen werden – in dieser Session zu beraten. Zu den flankierenden Massnahmen ist keine Unterschrift der EU-Staaten nötig. Dies ist einzig und allein unsere eigene Hausaufgabe. Mit der Behandlung in dieser Session würden wir zwei Fliegen auf einen Schlag treffen:

1. Wir gewinnen etwas Zeit. Alles andere – dies erst in der Sondersession im August beginnen zu können und im Herbst zu Ende beraten zu müssen – ist zeitlich ein grosser Stress.
2. Wir schaffen Transparenz – dies ist uns sehr wichtig.

Für die grüne Fraktion ist es klar, dass zuerst Parlament und Stimmberechtigte wissen müssen, welche flankierenden Massnahmen gelten, bevor sie den bilateralen Verträgen zustimmen können. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Um Transparenz zu schaffen und allfällige taktische Spiele zu verhindern, braucht es eine gestaffelte Beratung, ein gestaffeltes Vorgehen.

Deshalb bitten wir Sie, in dieser Session mit der Beratung der flankierenden Massnahmen zu beginnen. Das ist nichts anderes als die erste Etappe einer klugen Beratungsweise.

Bührer Gerold (R, SH), Berichterstatter: Das Büro hat den Antrag der grünen Fraktion heute beraten und empfiehlt Ihnen mit 8 zu 3 Stimmen, den Antrag abzulehnen. Dafür liegen insbesondere folgende Gründe vor:

1. Das Büro hat bekanntlich bereits vor der Session beschlossen, dieses Geschäft einschliesslich der flankierenden Massnahmen erst dann im Ratsplenum zu behandeln, wenn das Abkommen unterzeichnet ist. Es fasste diesen Entschluss aus staatspolitischen, aber auch aus psychologischen Gründen im Hinblick auf allfällige weitere politische Auseinandersetzungen oder Referenden. Angesichts der grossen Bedeutung des Geschäftes für unser Land kam das Büro klar zu diesem Entscheid.

2. Gegen den Ordnungsantrag der grünen Fraktion spricht auch folgende Tatsache: Es ist sichergestellt, dass mit der Verlängerung der Sondersession im August – von der Sie unterrichtet worden sind – dieses Abkommen noch während der laufenden Legislatur zu Ende beraten werden kann.

3. Aufgrund der Kommissionsberatungen gibt es noch offene Punkte, die in Abklärung begriffen sind. Auch dieser Aspekt spricht klar dafür, dass wir die flankierenden Massnahmen nicht heraustrennen und in dieser Session behandeln sollten.

Mitteilungen der Präsidentin

Communications de la présidente

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	31.05.1999 - 14:30
Date	
Data	
Seite	791-791
Page	
Pagina	
Ref. No	20 045 882

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.